

# Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.  
Verantwortlicher Redakteur: Hermann  
Richter, Postfach 25 241  
Preis für Adressierte: 200 Pf.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich einmaliger Zustellung über den Post-  
träger monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M.,  
halbjährlich 78,- M., jährlich 144,- M. (Postgebühren eingeschlossen).  
Anzeigen-Preise. Die erste Spalte 37 Pf. pro Zeile, die zweite 30 Pf., die dritte 25 Pf., die vierte 20 Pf., die fünfte 15 Pf., die sechste 12 Pf., die siebte 10 Pf., die achte 8 Pf., die neunte 7 Pf., die zehnte 6 Pf., die elfte 5 Pf., die zwölfte 4 Pf., die dreizehnte 3 Pf., die vierzehnte 2 Pf., die fünfzehnte 1 Pf., die sechzehnte 1 Pf., die siebzehnte 1 Pf., die achtzehnte 1 Pf., die neunzehnte 1 Pf., die zwanzigste 1 Pf., die einundzwanzigste 1 Pf., die zweiundzwanzigste 1 Pf., die dreiundzwanzigste 1 Pf., die vierundzwanzigste 1 Pf., die fünfundzwanzigste 1 Pf., die sechsundzwanzigste 1 Pf., die siebenundzwanzigste 1 Pf., die achtundzwanzigste 1 Pf., die neunundzwanzigste 1 Pf., die dreißigste 1 Pf., die einunddreißigste 1 Pf., die zweiunddreißigste 1 Pf., die dreiunddreißigste 1 Pf., die vierunddreißigste 1 Pf., die fünfunddreißigste 1 Pf., die sechsunddreißigste 1 Pf., die siebenunddreißigste 1 Pf., die achtunddreißigste 1 Pf., die neununddreißigste 1 Pf., die vierzigste 1 Pf., die einundvierzigste 1 Pf., die zweiundvierzigste 1 Pf., die dreiundvierzigste 1 Pf., die vierundvierzigste 1 Pf., die fünfundvierzigste 1 Pf., die sechsundvierzigste 1 Pf., die siebenundvierzigste 1 Pf., die achtundvierzigste 1 Pf., die neunundvierzigste 1 Pf., die fünfzigste 1 Pf., die einundfünfzigste 1 Pf., die zweiundfünfzigste 1 Pf., die dreiundfünfzigste 1 Pf., die vierundfünfzigste 1 Pf., die fünfundfünfzigste 1 Pf., die sechsundfünfzigste 1 Pf., die siebenundfünfzigste 1 Pf., die achtundfünfzigste 1 Pf., die neunundfünfzigste 1 Pf., die sechzigste 1 Pf., die einundsechzigste 1 Pf., die zweiundsechzigste 1 Pf., die dreiundsechzigste 1 Pf., die vierundsechzigste 1 Pf., die fünfundsechzigste 1 Pf., die sechsundsechzigste 1 Pf., die siebenundsechzigste 1 Pf., die achtundsechzigste 1 Pf., die neunundsechzigste 1 Pf., die siebenzigste 1 Pf., die einundsiebzigste 1 Pf., die zweiundsiebzigste 1 Pf., die dreiundsiebzigste 1 Pf., die vierundsiebzigste 1 Pf., die fünfundsiebzigste 1 Pf., die sechsundsiebzigste 1 Pf., die siebenundsiebzigste 1 Pf., die achtundsiebzigste 1 Pf., die neunundsiebzigste 1 Pf., die achtzigste 1 Pf., die einundachtzigste 1 Pf., die zweiundachtzigste 1 Pf., die dreiundachtzigste 1 Pf., die vierundachtzigste 1 Pf., die fünfundachtzigste 1 Pf., die sechsundachtzigste 1 Pf., die siebenundachtzigste 1 Pf., die achtundachtzigste 1 Pf., die neunundachtzigste 1 Pf., die neunzigste 1 Pf., die einundneunzigste 1 Pf., die zweiundneunzigste 1 Pf., die dreiundneunzigste 1 Pf., die vierundneunzigste 1 Pf., die fünfundneunzigste 1 Pf., die sechsundneunzigste 1 Pf., die siebenundneunzigste 1 Pf., die achtundneunzigste 1 Pf., die neunundneunzigste 1 Pf., die hundertste 1 Pf., die einhundertste 1 Pf., die zweihundertste 1 Pf., die dreihundertste 1 Pf., die vierhundertste 1 Pf., die fünfhundertste 1 Pf., die sechshundertste 1 Pf., die siebenhundertste 1 Pf., die achthundertste 1 Pf., die neunhundertste 1 Pf., die tausendste 1 Pf.

Schriftleitung und Verlagsstelle:  
Bismarckstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von E. P. Schönlank in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

**Regina-Balast**

5. Ubr. Restaurant ersten Ranges  
Wasserkant. Straße 22  
Abend-Konzert

**BANKHAUS HERMANN SCHULZ,**  
Kommanditgesellschaft  
Farnsprecher: 14028, 14034, 14038  
12 Schreibergasse 12 Farnverkehr 20204  
Sämtl. bankmäßige Geschäfte. Finanzielle Beratung

**Belvedere**  
Brühlsche Terrasse  
4-7 Uhr: Konzert  
8-12 Uhr: Kleinkunstabühne

**Hotel u. Kaffee Blesch**  
4-7 Uhr: Konzert  
8-12 Uhr: Heitere Künstlerabende  
Weinrestaurant - Bar  
Frühstückstube

## Entgegenkommen der Reichsregierung.

### Erklärungen des Reichsfinanz- und des Reichsverkehrsministers.

Berlin, 6. Febr. In der heutigen fortgesetzten Besprechung der Spitzenverbände der Beamten, Angestellten und Arbeiter mit der Reichsregierung haben im Vordergrund der Erörterungen die Frage der Grundgehälter der Beamten und die Frage des Arbeitszeitgesetzes. Bezüglich der Nachprüfung der Grundgehälter der Beamten erklärte der Reichsminister für Finanzen, er habe schon in der Reichstagsdebatte vom 21. Januar eine Erklärung abgegeben, wonach die Reichsregierung bereit sei, baldmöglichst in eine eingehende Aussprache über die Besoldungsfragen einzutreten und alle in Betracht kommenden Probleme zu prüfen. Im Hinblick auf diese Besprechung wurden die schon seit dem 21. Januar im Reichstagsdrucker erschienenen Fragen der praktischen Durchführung der Gewährung der Wirtschaftshilfen an Beamte und Angestellte in Anlehnung an die den Arbeitern zugesprochenen Hebertverordnungen mit den Spitzenorganisationen durchberaten. Diese Prüfungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Zur Frage des neuen Arbeitszeitgesetzes erklärte sich der Reichsverkehrsminister bereit, wie schon mit den Eisenbahnervereinigungen, so auch mit den Spitzenverbänden über den Hebertentwurf eines Eisenbahner-Arbeitszeitgesetzes zu beraten. Bei dieser Gelegenheit könne auch die Frage nochmals geprüft werden, ob eine Möglichkeit bestehe, das Eisenbahnerpersonal in das künftige allgemeine Arbeitszeitgesetz einzubeziehen.

Das im Hinblick auf diese Besprechungen tagende Reichskabinett billigte diese beiden Erklärungen des Reichsfinanzministers und des Reichsverkehrsministers. Ob sich auf Grund dieser Erklärungen eine Möglichkeit ergeben wird, den Streik zu beenden, steht zur Stunde noch nicht fest. (28. I. B.)

### Die diensttreuen Eisenbahner an Groener.

Berlin, 6. Febr. In einer besonderen Besprechung, die die bisher diensttreuen Eisenbahnerverbände mit dem Reichsverkehrsminister hatten, wurde diesem zur Wehrmiltung an die Regierung erklärt, daß diese Verbände bisher den Streik abgelehnt hätten unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung auf jeden Fall fest bleibe. Die Forderungen einzelner Kabinettsmitglieder lassen aber befürchten, daß der Standpunkt des Kabi-

netts gegenüber den Streikenden sich ändern könne, und in diesem Falle würden die Verbände kein Vertrauen mehr zu der gegenwärtigen Regierung haben können. Bei einem Nachgeben der Regierung dürfte bei nächster Gelegenheit ein neuer Beamtenstreik inszeniert werden und die Verbände hätten dann keine Möglichkeit mehr, ihre Mitglieder von einer Streikteilnahme abzuhalten. Man wies auch darauf hin, daß dieses Schwinden der Regierungsautorität bei der gesamten christlichen Arbeiterschaft die gleichen Folgen auslösen würde.

### Die zweiseitige Vermittlung der Mehrheitssozialisten.

Berlin, 6. Febr. Über die bisherigen Bemühungen, zu einem Abbruch des Eisenbahnerstreiks zu gelangen, kann der „Volks-Anz.“ berichten: Wie bekannt wurde, daß die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnerbeamten sich an die unabhängigen Abgeordneten Dietzmann und Kolbenfeld um Vermittlung bei der Regierung gewandt hatte, indem man vorschlug, bei den Reichstagssozialisten Bedenken. Man ging davon aus, daß von den Parteimitgliedern der Reichsgewerkschaft ein Teil Anhänger der mehrheitssozialistischen Partei sei und mit einem solchen Mitgliederkreis für die Partei zu rechnen wäre. So wurde eine Verbindung mit der Reichsgewerkschaft gesucht und schließlich eine Vermittlungsgesellschaft angeboten. Reichsminister Dr. Wirth erklärte, die Vorschläge dem Kabinett unterbreiten zu wollen, und so wurde am Sonntag vormittag das Reichskabinett zusammenberufen. Der sozialistische Vermittlungsvorschlag wurde jedoch abgelehnt. Die Vertreter der Sozialdemokratie erwiderten nur heftige Vorwürfe gegen den Reichsverkehrsminister, der durch seine „bedingungslosen Versöhnungen“ die Erregung unter den Eisenbahner noch verschärft habe. Außerdem habe er bisher erfolglos den starken Mann gesucht, denn kein angesehener Parteiführer sei bisher noch nicht in die Erörterung getreten. Als ein Mitglied der Reichsregierung für ein gewisses Nachgeben der Regierung eingetreten sei, habe Groener Widerspruch erhoben, und erklärt, in diesem Falle kein Fortschritt sofort niedrigerlegen. Man einige sich schließlich dahin, Montag vormittag Verhandlungen einzuleiten, um die Gewährung der Wirtschaftshilfen an Beamte, die Regelung der Besoldungsfrage für die Unterbeamtengruppen und aller sonstigen Beamtenwünsche sofort praktisch aufzunehmen.

### Eisenbahnerstreik und Volksnot.

Der „Vorwärts“ bei einem Streik als Verleugner der Staatsidee, als Verteidiger der Interessen der Allgemeinheit, ist gewiß eine Seitenhieb. Aber er hat recht, wenn er zum gegenwärtigen Eisenbahnerstreik sagt, „daß der Staat in diesem Kampf nicht als Besiegter auf der Strecke bleiben darf“. Er hat ferner nur zu recht, wenn er festhält, daß ein Zusammenbruch des Streiks nach längerer Dauer eine wirtschaftliche Katastrophe, ein Sieg aber den Ruin des Reiches bedeute. Das sind tatsächlich die beiden Pole, zwischen denen heute das Schicksal eines 60-Millionen-Volkes liegt. Ausgelassen auf der einen Seite an eine kleine Zahl streikender Beamter, die mit 20000 wahrscheinlich kaum so hoch angegeben ist, die aber infolge ihrer hervorragenden Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Reiches auf der anderen Seite einer Staatsgewalt in die Hand gegeben, die, aus der Revolution geboren, im wichtiger nationaler Machtmittel entspannt und hat in mehr als einer Lebensfrage als schwächlich erwiesen hat. Fünf Tage bereits kehrt der Egoismus einer im Verhältnis zum Volksganzen verschwindend kleinen Gruppe von Beamten an dem ohnehin so schwachen Lebensmark des deutschen Volkes, fünf Tage wird der deutschen Wirtschaft alles entzogen, was sie braucht, seit fünf Tagen steht die Kohlen-, die Petroleum- und Rohstoffzufuhr fast ganz. Und trotzdem bisher die einzelnen Werke ihren Betrieb noch leidlich mit dem geringen Kohlenvorrat fristen, den sie sich anheimeln hatten, so rückt doch der Termin für immer bedrohlichere Nähe, an dem auch diese knappen Vorräte aufgebraucht sind, an dem Lande und aber Tausende von Arbeitern in schrecklicher Not und Mitleid auf der Straße liegen. Schon haben die Dunkel-Werte in einem ihren Betrieb einstellen müssen. Schon haben die Gaswerke und Elektrizitätsgesellschaften vor der Notwendigkeit, ihre Erzeugung ganz einzustellen oder auf ein Minimum zu beschränken. Und wenn es überhaupt noch gelingen ist, sie vor einer längeren Stilllegung zu bewahren, so ist es nur den dringenden Technischen Ratschlägen und den pflichtgetreuen, ihrer Verantwortung bewußten, Beamten zu danken, die mit aller Kraft bemüht sind, das Feuer der vom deutschen Volke abzuwenden. Wegen die Gefahr vor äußerster Not aber erhebt sich bezüglich der Streikterror in seiner unvermeidlichen Form. Am Rheinland ist ein von Oberbeamten geführter Zug beschossen worden, in Frankfurt und anderen Orten haben Streikende die Stromzufuhr abgegeschnitten. Sabotageakte von Beamten! Wie es Erscheinungen, die besser der Stadt der Verleugung bedürftigen können, bis zu dem man in Deutschland bereits vorzuziehen ist? Bisher waren Sabotageakte ein ausschließliches „Vorrecht“ irreführender und kommunistisch verheteter Massen. Heute bedienen sich ihrer Beamte nicht nur gegen den Staat, sondern auch gegen das deutsche Volk, das man auf diese Weise zur Verzweiflung treibt. Acht Stunden, das es unter diesen Umständen im Volk nur eine Stimme der Mißbilligung gibt, daß man mit Ausnahme jener unerbittlichen Heber und in kommunistischen Gedankengängen verführter Volksführer, die, wie gegenwärtig in Berlin die Führer der schändlichen Arbeiter, wie einzelne Funktionäre in Privatbetrieben, die Rot des Augenblicks für die Furchung einzelner Interessen und besonders zur weiteren inneren Verleugung ausnutzen wollen, den Streik als eine Verhöhnung am ganzen Volke beurteilt. Der bei der gegenwärtigen Mitleid nur zu häufig gehandhabte Selbstverleugung des Volkes, die bei der erkrankten Menschheit nachfolgend verführter Volksführer, die von vielen nicht mehr beachtet werden kann, das Unheil der Zeitgenossen, das Unheil des Volkes, das notwendigsten Verkehrsverleugung auf der Eisenbahn hämmern es so maßlos der Bevölkerung ein, daß auf ihrem Rücken und zu ihrem unermesslichen Schaden eine verschwindende Kinderheit nicht nur Gebaltsforderungen erkämpfen muß, die das Reich nicht bezahlen kann, sondern auch politische Ansprüche, die das Reich nicht auszuhalten in die schwere Gefahr bringen müssen.

Jeder Streiktag schmückt die deutsche Wirtschaft um Millionen, läßt das Gelpenk der Kohlen- und Lebensmittel vor immer drohender werden. Dazu die äußere Not. Die Flüge mit der Reparationslaste sind seit Freitag ausgeblieben, und schon schärft Poincaré das Schwert der Sanktionen. Er wird es um so weniger in die Schieße nehmen, wenn die Regierung, wie es die Streikenden fordern, das Arbeitszeit- und das Eisenbahnfinanzgesetz zurückzieht und damit auch nur die ersten Schritte in einer finanziellen Sanierung des Eisenbahnerstreiks, eine der Grundlagen, auf denen der eben eingeleitete Reparationsplan beruht, wieder aufhebt. Mehr denn je gehen diesmal nicht nur die Interessen, sondern auch die Sympathien der Bevölkerung mit dem Interesse des Staates Hand in Hand. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß verjüngte Beamtenverbände der streikenden Reichsgewerkschaft Unterstützung zugesagt haben, daß auch der Bundesverband Sachien des Deutschen Beamtenbundes, mit dem der Bund sozialistischer Staatsbeamten, der Sachliche Gemeindebeamtenbund, der Verband sozialistischer Polizeibeamten und der Verkehrsbeamten vereinigt sind, der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnerbeamten seine moralische Unterstützung zum Ausdruck gebracht hat. Das sind bei

## Papst Pius XI.

### Rom, 6. Febr. (Reuter.) Kardinal Ratti ist als Pius XI. zum Papst gewählt worden. (wfb.)

Kardinal Achille Ratti war bisher Erzbischof von Mailand und zählt zu den bedeutendsten Mitgliedern des heiligen Kollegiums.

Rom, 6. Febr. Um 12 Uhr 45 Min. war der neue päpstliche Papst auf den äußeren Altar der Basilika der St. Peter-Kathedrale zur Erhebung des Segens. Während die Kirche mit dem Tode Pius IX. vom inneren Altar der Basilika herab ihren Segen erteilt hatten, spendete ihn Pius XI. zum ersten Male ebenjener wieder vom äußeren Altar. Das Volk, das sich trotz des Regens in großer Zahl auf dem St. Peter-Platz eingefunden hatte, empfing den neuwählten Papst mit unendlichen Beifallsrufen und winkte ihm zu. Die in Weiß und Gold angezogenen italienischen Truppen präsentierten das Gewehr. Um 12 Uhr 17 Min. erteilte der Papst zum zweiten Male der Menge seinen Segen und zog sich zurück. (wfb.)

Rom, 6. Febr. Nach Cardinal, der Konstantin-Kathedrale, machte der Agentur Stefani folgende Mitteilung: Seine Heiligkeit der Papst Pius XI. hat ausdrücklich aller Vorbehalte zugunsten der unerbittlichen Rechte der Kirche und des Heiligen Stuhles, die zu behaupten und zu verteidigen er beschwor, seinen ersten Segen vom äußeren Balkon an dem St. Peter-Platz erteilt in der Weise, daß dieser Segen nicht allein den auf dem St. Peter-Platz Anwesenden, sondern allen Nationen und allen Völkern, und daß er der ganzen Welt den Frieden und die Vollkraft der allgemeinen Befriedigung überbringe, die wir alle so heiß ersehnen. (28. I. B.)

die Deutschland den Polen hat angedeihen lassen, war durch- und von kulturellem Geiste beherrscht und hat dazu geführt, daß die polnischen Geisteskräfte unter deutscher Herrschaft sich zu höchster Blüte entfalten konnten. Unter solchen Umständen hätten die irdenbüßenden Ausstellungen des Kardinals Ratti bei normalem Laufe der Dinge eigentlich dazu führen müssen, ihn der Mehrheit des Konklaves als nicht geeigneten für das hohe Amt des Pontifex Maximus, das doch vor allem Wahrheit erfordert, erscheinen zu lassen. Das Ergebnis der Wahl hat ihn aber auf den Schild gehoben, so daß nun mit der dreifachen Krone gerade eine Persönlichkeit gekrönt werden wird, die sich politisch in verhängnisvoller Weise festhalten hat. Das erweist seine günstigen Aussichten für die diplomatisch-politische Wirksamkeit des neuen Pontifex.

Pius XI. gehörte im Kardinalkollegium mit dem bisherigen päpstlichen Staatssekretär Gasparri und dem Kardinal Waffl zu den Vertretern der Mäßigkeit, die wieder einen politischen Papst für notwendig hält. Die Anhänger der unpolitischen Gruppe, die nach dem Vorbild Pius X. dem Unwiderstehlichen des „omnino resurgens in Christo“, der Erneuerung der Kirche im Geiste Christi huldigt, sind also unterlegen. Wieviel zu diesem Ausgang die Tätigkeit des dritten Kardinals, der sich über keine Anschauungen und Ansichten in diplomatischen Zusammenhängen äußert und wohl seit Jahren in diplomatischer Hinsicht tätig war, weiß niemand, kann nur ganz unbestimmt vermutet werden, weil darüber der Schleier des Geheimnisses der Wahlung abgedeckt liegt. Erhöht wird die Stellung des neuen Papstes außer durch seine unangebrachten Bemerkungen über die deutsch-polnischen Beziehungen auch durch die Frage der Ausöhnung mit dem Diktator Benedikt XV. hat die Verhandlung mit dem italienischen Königsstuhle und dem Staate seinem Nachfolger gemißfälliger als Vermächtnis hinterlassen und die Gruppe, der Pius XI. als Kardinal angehörte, steht auch auf diesem Standpunkt. Daraus ergibt sich aber eine Gegenüberstellung zu Frankreich, mit dem eben erst die diplomatischen Beziehungen wieder angeknüpft worden sind und das nunmehr in der Person Poincarés ein Italien feindliches und damit auch der Ausöhnung des Vatikans mit dem Diktator abgeneigtes Staatsoberhaupt an seiner Spitze hat. Was alledem in der Horizont beim Regierungsantritt Pius XI. nicht wolkenfrei, und es wird wohl zumal in Deutschland viele eifrige Katholiken geben, denen das „Habemus papam“, „Wir haben wieder einen Papst“ aus allemlich sorgendstem Herzen kommt. Die evangelische Bevölkerung Deutschlands steht begreiflicherweise dem neuen Papste zunächst mit recht peinlichen Empfindungen gegenüber und kann nur hoffen, daß die Ratgeber Pius XI. sich wenigstens zu werden, um ihn erkennen zu lassen, wie kurzfristig und verberlich eine Bräutereiung der nationalen und protestantischen Gefühle des deutschen Volkes sein würde.

Es hat diesmal große Nähe gekostet, den Nachfolger am Stuhle Petri zu wählen. Eine ganze Anzahl von Schwierigkeiten war erforderlich, ehe ein positives Ergebnis zustande kam, und diese Schwierigkeit der Einigung über eine geeignete Persönlichkeit ist vielfach bedeutungsvoll als Symptom für die Regierung des neuen Papstes, dessen Stellung Deutschland gegenüber von vornherein durch seine im höchsten Grade zu beachtenden Aeußerungen über die deutsch-polnischen Beziehungen sehr erschwert wird. Pius XI. war ehemals Nuntius in Paris und hat in dieser amtlichen Tätigkeit die Polen durch so hart gefärbte nationale Parteibrillengläser betrachtet, daß er sich unmittelbar vor dem Beginn des Konfliktes zu der bedauerlichen Aeußerung verließ, der Verlust Oberitaliens sei kein wirtschaftlicher Schaden für Deutschland, und der Paß der Polen gegen Deutschland sei durch Jahrhunderte brutaler und unmenslicher Unterdrückung begründet. Bekanntmachung ist dieses grundverleth. Die Aeußerung des oberitalienischen Industriegebietes bedeutet für Deutschland eine ganz empfindliche wirtschaftliche Schwächung, und die Behandlung,